

WIRTSCHAFTSPOLITIK

# Die Posse der Bosse

Mit ihrem Wahlkampfeinsatz für den Bundeskanzler haben sich die Wirtschaftsverbände lächerlich gemacht – auch bei Unternehmern. Der Wunsch nach Wechsel ist groß: Viele Wirtschaftsleute wollen eine neue Regierung, die Konzernchefs setzen auf Wolfgang Schäuble.



Kanzler Kohl, Wirtschaftsfunktionäre\*: Die Glaubwürdigkeit der Verbandsspitzen ist fürs erste lädiert

Fast 80 Journalisten notierten die ungewöhnlich frohe Botschaft, der Bundeskanzler lächelte, die versammelten Manager applaudierten: Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hatte soeben einen denkwürdigen Auftritt absolviert.

Beim Traditionstreffen der Wirtschaftsverbände mit dem Kanzler bescherte er dem von Massenarbeitslosigkeit gezeichneten Land wahrhaft Großes: 500 000 neue

Jobs, einfach mal so. Von einer „Trendwende auf dem Arbeitsmarkt“ war die Rede und von ganz viel „Aufbruchstimmung“.

Dieter Hundt war ein Held – aber nur für einen Tag.

Ausgerechnet die Arbeitgeber, deren Präsident er doch sein soll, hielten sein Versprechen für unseriös und drängten den Verbandsoberen zum Widerruf. Die Telefone in der BDA-Zentrale am Kölner Rheinufer standen nicht mehr still: Die Zahl der neuen Jobs sei zu hoch geraten, der Vorstoß zu platt, der Widerspruch zu allen seriösen Konjunkturprognosen viel zu offensichtlich.

Mittelständler Hundt, im Hauptberuf Chef einer Autozulieferfirma, zögerte nicht – und korrigierte sich sofort.

Etwa 200 000 Stellen, so die neue Zahl, habe er eigentlich gemeint. Denn wenn tatsächlich 500 000 neue Jobs entstanden, lautete die Rechtfertigung, würde ja woanders trotzdem weiter abgebaut. Im Klartext: Da hatte wieder mal einer – SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping kennt das Problem – brutto mit netto verwechselt.

Selbst die neue Zahl mißfällt vielen im Arbeitgeberlager. „Eine ziemlich optimistische Prognose ist das immer noch“, kri-

\* Mit BDA-Chef Dieter Hundt, Handwerkspräsident Dieter Philipp und BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel beim Treffen der Wirtschaftsverbände mit dem Kanzler am Dienstag vergangener Woche.

tisiert Tyll Necker, der Vizechef vom Schwesterverband der Industrie.

„Am Arbeitsmarkt können wir noch längst keine Entwarnung geben“, mahnt Juergen Donges, einer der fünf Wirtschaftsweisen. „Die sollen bloß nicht den Eindruck erwecken, wir seien über den Berg.“

Was als Wahlkampfinsatz für die Kohl-Regierung gedacht war, geriet zur Posse der Bosse. Selbst die konservative Presse handelte die Auftritte der Wirtschaftsleute überwiegend als Realsatire ab. „Bild“ empörte sich über Hundts „Geschwätz“. Der „Wahlkämpfer Kohl“, hieß es in der „Frankfurter Allgemeinen“, sei offenbar „mit dem Gott der Konjunktur im Bunde“. Falls Hundt recht behalte, habe dies als „erster nachkantianischer Gottesbeweis“ zu gelten.

Die Glaubwürdigkeit der Verbandsspitzen war lädiert. Die Funktionäre sind für Kohl als Wahlkämpfer kaum mehr zu gebrauchen.

„Die ganze Sache“, freut sich Bodo Hombach, Preussag-Manager und Berater von SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, „ist implodiert.“

Den abrupten Schwenk haben viele gar nicht verstanden. Waren es nicht dieselben Verbandsherren, die oft Kohls Regierung kritisiert hatten? Gerade mal zwei Monate sind vergangen, seit Necker warnte, die Koalition solle nicht glauben, „daß sie die Stimmen der Wirtschaft gepachtet habe“.

Und jetzt sollen sich alle mit dem Handwerkspräsidenten Dieter Philipp gruseln, wenn er eine rot-grüne Regierung für „verhängnisvoll“ hält?

Schon in den rot-grün regierten Bundesländern haben sich die Befürchtungen der Verbände als unbegründet erwiesen. Viele Unternehmer, darunter auch der Frankfurter Hoechst-Chef Jürgen Dornmann, haben sich längst arrangiert.

Die Firmenchefs sind weitaus pragmatischer als die Funktionäre. Die wollen am liebsten Machertypen wie Schröder, wenn möglich mit dem Regierungsprogramm der Union.

Für den Amtsinhaber haben die meisten Manager nicht viel übrig. Noch-Kanzler Kohl, ein erklärter Wirtschaftslaie, der nicht zuhören kann und über die „Herren aus den Chefetagen“ meist abfällig spricht, war ihnen nie sonderlich sympathisch.

Plumpe Anbiederung halten die Unternehmensfürsten generell für stilllos. Metro-Aufsichtsrat Erwin Conradi erteilte der in München vorgeführten Kumpanei von Kanzler und Kapital eine deutliche Absage: „Ich vermute, daß es den meisten Unternehmern schwerfällt, sich damit zu identifizieren.“ Die Beurteilungen der Verbände seien ohnehin meist „überzeichnet“.

Auch Siemens-Chef Heinrich von Pierer fand den Hundt-Auftritt „ziemlich unglücklich“. Eine solche Parteinahme werde „von uns niemand hören. Der Siemens-

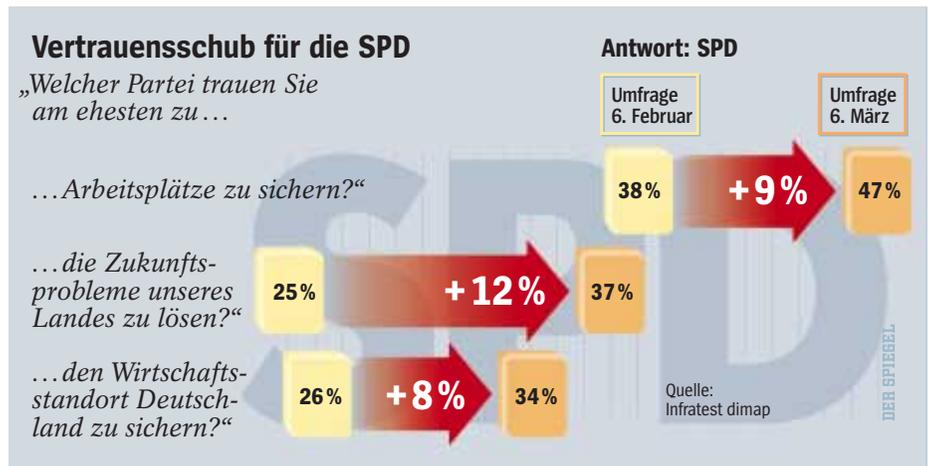
Konzern kommt mit jeder Bundesregierung aus“.

Niemand will mit der Reklameaktion von Hundt und BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel identifiziert werden. „Mit uns“, stellt denn auch Porsche-Chef Wendelin Wiedeking unmißverständlich klar, „hat im Vorfeld niemand gesprochen.“

Weil ein Machtwechsel erstmals seit langem wieder denkbar ist, gehen die Besonnenen auf Distanz zu beiden Lagern. Jetzt nur keine falschen Bekenntnisse, keine voreilige Parteinahme, keine überflüs-

Kohl weiß, daß er bei den Unternehmern wenig Sympathie besitzt. Deshalb hat der Kanzler beizeiten die Verbände mit Gefolgsleuten der Union infiltriert.

Schon die Vita der wichtigsten Funktionäre zeigt, was die Verbände bislang meist waren: zuverlässiger Bestandteil der Machtmaschine Kohl. Die Geschäftsführer von BDI und BDA, Ludolf von Wartenberg und Reinhard Göhner, etwa waren oder sind Abgeordnete in der Bonner Unionsfraktion. Franz Schoser, Geschäftsführer beim DIHT, durfte CDU-Wahlprogramme



Kandidat Schröder (M.), Manager\*: Firmenchefs sind pragmatischer als Funktionäre

sige Remperei, sagen sich die meisten Firmenchefs.

BASF-Chef Jürgen Strube etwa pflegt zwar einen engen Kontakt zum Bundeskanzler, läßt aber auch das Kabinett der rot-gelben rheinland-pfälzischen Landesregierung einmal im Jahr zur gemeinsamen Sitzung ein. Doch schon vor Wochen teilte er mit, daß er mit dem Tag der SPD-Kandidatenkür sämtliche Interviews zu politischen Fragen einstelle – es sei denn, der Konzern ist ganz unmittelbar betroffen.

\* Mit dem ehemaligen Mercedes-Chef Helmut Werner und Siemens-Chef Heinrich von Pierer.

mitformulieren. Auch Handwerkspräsident Philipp hatte als Bürgermeister in Aachen jahrelang ein Amt der CDU.

„Laßt die alten Herren doch ruhig jubeln“, meinte deshalb Gerhard Schröders Expertin für Wirtschaftsfragen in der niedersächsischen Staatskanzlei, Christel Möller. „Die Leute können unterscheiden zwischen Verbänden und Unternehmern.“

Bei den Leitenden Angestellten und im mittleren Management der Firmen, da wo die Angst vor sozialem Absturz nie ganz verschwindet, liegt Schröder ohnehin vorn. In Umfragen bei Top-Managern, durchgeführt von „Capital“ und „Wirt-

# „Kandidat braucht Spielraum“

Bodo Hombach, Wahlkampfberater von Gerhard Schröder, über die Wirtschaftsverbände und ihr Verhältnis zur SPD

**SPIEGEL:** Schröder wird Kanzlerkandidat, und die Wirtschaftsverbände solidarisieren sich mit der Kohl-Regierung. Was ist da schiefgelaufen?

**Hombach:** Der Korporatismus kriselt. Wir erleben die letzte Phase eines überkommenen Verbändestaates. Die Funktionäre kämpfen mit ideologischen Erklärungen gegen ihren Bedeutungsverlust. Schröder ist nun mal einer, der lieber direkt mit Unternehmern redet und in Betriebe geht. Sein Zugang zur Realität läuft nicht über Verbände. Das ist für manche Funktionäre ein Ärgernis.

**SPIEGEL:** Was raten Sie Schröder?

**Hombach:** Das Gezeter mit Gelassenheit ertragen. Das Votum der Verbandsspitzen ist sowenig wahlentscheidend wie die Hirtenbriefe von der Kanzel. Als die Bischöfe früher zur Wahl der Union animierten, war das ein Aufreger, mittlerweile ist es egal. Ohnehin bescheinigen Demoskopien den Verbänden noch weniger Glaubwürdigkeit als den Parteien. Für Schröder heißt das: Weiter Kontakt zur Wirtschaft pflegen, Vertrauen ausbauen.

**SPIEGEL:** Vor allem das jetzt veröffentlichte SPD-Programm hat die Verbände erregt: Bei Lohnfortzahlung und Kündigungsschutz will die SPD die alten Regelungen wieder einführen.

**Hombach:** Funktionäre aller Verbände lieben die Textexegese. Die Unternehmer dagegen wissen genau zwischen Programmwunsch und Realität zu unterscheiden. Auch die Kommentierung der Wirtschaftspresse war eher nüchtern. Der „Economist“ hat sinngemäß geschrieben: Im SPD-Programm stehe viel Sinnvolles und auch Unsinniges. Es sei an Schröder, zu zeigen, daß er das Sinnvolle tue.

**SPIEGEL:** Heißt das, Schröder sollte deutlich machen, daß er sich nicht von der Partei gängeln läßt?

**Hombach:** Der Programmentwurf ist die Fortsetzung der Integrationsarbeit von Oskar Lafontaine. Die Lücke zwischen Parteiprogramm und Kandidat ist deutlich kleiner als früher. Wer es liest, findet Schröders Grundposition wieder. Aber jeder Kandidat braucht natürlich Spielraum. Schon 1960 hat Willy Brandt gesagt: „Es ist vielleicht nicht populär, wenn ich hier erkläre, daß ich nicht einfach nur Willensvollstrecker der Partei sein kann.“

**SPIEGEL:** Aber die Richtung muß doch vor der Wahl klar sein: Will die SPD mehr Dirigismus oder mehr Eigeninitiative?

**Hombach:** Ein Kanzler Schröder hat das Ziel, die zu hohe Staatsquote abzusinken. Natürlich wird er die Sozialsysteme auf ihre Wirksamkeit überprüfen, wird analysieren, ob sie Eigeninitiative fördern oder hemmen. Schröder sagt, die Menschen wollen den Staat an ihrer Seite wissen, aber nicht vor ihrer Nase. Willy Brandt hat gesagt: „Was wir nicht wollen, ist ein schläfriger Versorgungsstaat, der die Menschen von der Eigenverantwortung



**Strategie Hombach**

„Schröder muß Moderator sein“

und der Eigeninitiative befreien möchte.“ Neoliberal ist Schröders Denken also nicht.

**SPIEGEL:** Schröder als Vollstrecker eines globalen Kapitalismus?

**Hombach:** Nein, Schröder ist nicht der Melker mit den kalten Händen, der sagt: Jetzt rückt mal raus, die Zeiten sind schlecht. Ein Kanzler Schröder müßte in erster Linie Moderator sein und für fairen Ausgleich sorgen. Hier ist die Regierung gescheitert: Die Kriegen keine konzertierte Aktion mehr hin, die sind als einseitige Interessenvertreter bloßgestellt – nicht zuletzt durch die ungeschickte Reklame der Verbandsfunktionäre.

schaftswoche“, schlägt er Amtsinhaber Kohl seit Monaten.

Auch Schröders Partei profitiert von seinem Modernisierer-Image. Arbeitsplätze schaffen, Standort sichern, die Zukunftsprobleme des Landes lösen – all das kann nach einer Infratest-Umfrage neuerdings die Genossentruppe besser als die CDU.

Schon warnte der Schröder-Vertraute und nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Wolfgang Clement vor zuviel Siegeszuversicht: „Die Konkretisierungsphase ist nicht ungefährlich.“

Als Schröder am vergangenen Montag in Frankfurt mit etwa 30 Vertretern aus seinem Beraterkreis, dem Forum Wirtschaft, redete, bekam er den ersten Frust über das sehr traditionelle Wahlprogramm bereits zu spüren. Jörg Menno Harms von Hewlett-Packard klagte über abschreckende Wirkungen des geplanten Spitzensteuersatzes von 49 Prozent. Clement gab zu: „Damit kommen wir nicht durch, das ist eine Macke.“ Selbst die Grünen – sie hatten auf ihrem Parteitag 45 Prozent beschlossen – stünden besser da.

Die unklare Programmatik und der nur mühsam verdeckte Streit zwischen Lafontaine und Schröder um den künftigen Kurs sind für die SPD gefährlich. Zwar wünschen auch die Chefs der großen Konzerne einen Wechsel in Bonn. Allerdings: Ihnen wäre ein Kanzler Wolfgang Schäuble am liebsten.

Im Präsidium des BDI kamen bei der letzten Sitzung die Wechselwünsche deutlich zur Sprache. Als Schäuble dort am Montag vergangener Woche für knapp zwei Stunden über die Strategie der Bundesregierung referierte, bekam er das zu spüren. „Das Thema Ablösung von Kohl“, so ein Teilnehmer, „stand im Raum.“

Einer der lautesten Schäuble-Freunde war Bertelsmann-Vorstandschef Mark Wössner. Er sah Chancen für einen Unions-Sieg nur „mit einem strategischen Tandem“.

„Die Euro- und Weltkompetenz der Autorität Kohl muß gekoppelt werden mit der innenpolitischen Reformdynamik von Schäuble“, so Wössner vor der internen Runde.

BDI-Chef Henkel gilt ohnehin als Schäuble-Fan, und auch BDI-Verbandsvize Michael Rogowski, der intern bereits als möglicher Nachfolger gehandelt wird, wünscht sich für Schäuble eine „stärkere Rolle“.

Der frühere Präsident Tyll Necker sagt es noch deutlicher. Er könne dem Bundeskanzler nur „dringend raten“, für die Übergabe einen konkreten Termin zu nennen: „Er sollte jetzt sagen: Spätestens am 1. Januar 2000 übernimmt Schäuble das Ruder.“ Nur mit so einem Signal sei für die Wirtschaft „der Wille zu Veränderungen klar genug erkennbar“.

Unter Staatsmännern müsse so eine Absprache doch möglich sein, scherzte Necker, „so nach dem Motto: Dieses Jahrhundert ist meins, das nächste deins“. ♦